

Sitzungsniederschrift

10. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: Kreisvolkshochschule Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101, Aurich		
Sitzungsdatum: 28.06.2018	Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr	Sitzungsende: 19:26 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Sell, Erwin	SPD	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE, anwesend bis TOP 10
Bargmann, Bodo	CDU	
Beekhuis, Jochen	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Behrends, Kuno	SPD	
Behrens, Sven	CDU	Fraktionsvorsitzender CDU
Bienhoff-Topp, Ida	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	GRÜNE	
Busker, Hinrich	SPD	
Constant, Franz	LtB	Gruppenvorsitzender AKSB
Erdmann, Erwin	CDU	
Feldmann, Julia	SPD	
Feldmann, Rainer	FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Frerichs, Theo	CDU	anwesend bis TOP 10
Gerdes, Hilko	CDU	Stv. Landrat

Gossel, Arnold	CDU	anwesend bis TOP 7
Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin, anwesend bis TOP 10
Harms, Erich	SPD	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Ihnen, Hermann	SPD	anwesend bis TOP 10
Jelken, Friedhelm	CDU	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleen, Johannes	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Lüppen, Christel	SPD	
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Moroni, Hayo F.	FW	
Odens, Roelf	CDU	
Pickel, Sascha	SPD	
Reinders, Hermann	CDU	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Röben, Hinrich	SPD	anwesend bis TOP 7
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.
Siebels, Wiard	SPD	anwesend bis TOP 10
Sikken, Wolfgang	CDU	
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tammen, Harald	CDU	
Terfehr, Hans	SPD	
Tjaden, Hinrich	CDU	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Trei, Hilko	FDP	
Tyedmers, Johannes	AfD	
Ubben, Hilde	AWG	anwesend bis TOP 10
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	anwesend bis TOP 10

Weber, Harm-Uwe		Landrat
Wienbecker, Johann	S.W.K.	
Wirsik, Petra	GRÜNE	
Verwaltung		
Jelden, Frauke		Gleichstellungsbeauftragte
Kleen, Holger		
Krabbe, Henni		Kreisrätin
Malbrich, Silke		Protokollführerin
Möhlmann, Linda		Protokollführerin
Müller-Gummels, Rainer		Pressesprecher
Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat
Vries, Ingo de		

Nicht anwesend:

Mitglieder

Forster, Hans	SPD	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Looden, Holger	AfD	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|------|---|
| 1. | Eröffnung der öffentlichen Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 24.04.2018 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Beschluss über die weitere Vorgehensweise beim Breitbandausbau im Landkreis Aurich
Vorlage: IX/2018/164 |
| 7. | Entscheidung über die Zusammenarbeit mit der Stadt Emden im Klinikbereich
Vorlage: IX/2018/165 |
| 7.1. | Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018; Fortbestand Trägergesellschaft und Zusammenarbeit mit Emden
Vorlage: IX-AF/2018/003 |



-
- 7.2. Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018; Vertreter im Aufsichtsrat in der Trägersgesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/004
-
8. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebes "Rettungsdienst des Landkreises Aurich"
Vorlage: IX/2018/152
-
9. Entlastung des Landrates und der Betriebsleitung des Eigenbetriebes "Rettungsdienst des Landkreises Aurich" für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: IX/2018/153
-
10. Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes "Rettungsdienst des Landkreises Aurich"
Vorlage: IX/2018/154
-
11. Nachnutzung des Gebäudes der Förderschule Großheide
Vorlage: IX/2018/119
-
12. Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen in der Kindertagespflege
Vorlage: IX/2018/163
-
13. Spende für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich im Jahr 2018 oberhalb der Wertgrenze von 2.000 €
Vorlage: IX/2018/151
-
14. Antrag der Freien Wähler: Schulentwicklung und Raumplanung in die interfraktionelle Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung zu verweisen
Vorlage: IX-AF/2018/012
-
15. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.06.2018; Anstellung von IntensivunterstützerInnen
Vorlage: IX-AF/2018/020
-
16. Qualifizierungsanforderungen nach § 57 Abs. 4 S. 2 NBauO für die Besetzung von Leitungsstellen in der unteren Bauaufsichtsbehörde
Vorlage: IX/2018/140
-
17. Bericht des Landrates
-
18. Einwohnerfragestunde
-
19. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
-
20. Schließung der öffentlichen Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Sell eröffnete um 16:02 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Sell stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.



TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Es wurde vereinbart, den Tagesordnungspunkt 10 „Beschluss über die weitere Vorgehensweise beim Breitbandausbau im Landkreis Aurich“ IX/2018/164 nach der Einwohnerfragestunde als Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln.

Weiterhin wurde vereinbart, die Vorlage „Qualifizierungsanforderungen nach § 57 Abs. 4 Satz 2 NBauO für die Besetzung von Leitungsstellen in der unteren Bauaufsichtsbehörde“ – IX/2018/140 als neuen Tagesordnungspunkt 16 zu behandeln.

Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Abg. Constant stellte den Änderungsantrag, dass die nachfolgenden Tagesordnungspunkte vor dem neuen Tagesordnungspunkt 7 „Entscheidung über die Zusammenarbeit mit der Stadt Emden im Klinikbereich“ behandelt werden sollen.

- Tagesordnungspunkte 7.1
„Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018; Fortbestand Trägergesellschaft und Zusammenarbeit Emden“ – IX-AF/2018/003
- Tagesordnungspunkt 7.2
„Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018; Vertreter im Aufsichtsrat in der Trägergesellschaft“ – IX-AF/2018/004

Sodann ließ **Vorsitzender Sell** über den Antrag des **Abg. Constant** abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 1
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag nachfolgenden Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 56 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 24.04.2018

Die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 24.04.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 56 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Hagemeister fragte, ob es wirklich beabsichtigt sei, durch den Beschluss zu Tagesordnungspunkt 7 der Trägergesellschaft schrankenlose Freiheit zu geben und das Konzept weiter fortzusetzen. Weiter fragte er, ob der Kreistag sich „entmannen“ und auch Herrn Eppmann jegliche Freiheit geben wolle.

Landrat Weber teilte mit, dass er hinter dem Konzept stehe. Er sehe keine „Selbstentmannung“ des Kreistages.

**TOP 6 Beschluss über die weitere Vorgehensweise beim Breitbandausbau im Landkreis Aurich
Vorlage: IX/2018/164**

Herr des Vries, Leiter des Amtes für Wirtschaftsführung, stellte die Vorlage vor.

Abg. Roß bezweifelte die Umsetzung.

Abg. Altmann erklärte, dass die Pläne „mit heißer Nadel gestrickt“ seien. Für sie sei die Umsetzung ein hoch spekulativer Umgang mit Steuergeldern. Sie könne nicht nachvollziehen, wie sich die fünf Millionen Euro Pachteinnahmen mit denen der Landkreis auf zehn Jahre plane, rechnen. Darüber hinaus kritisierte sie, dass beim favorisierten Betreibermodell lediglich 10.000 anstatt 15.000 Haushalte mit schnellem Internet-Zugang versorgt werden sollen. Breitband gehöre zur Daseinsvorsorge und aus ihrer Sicht müssten alle Haushalte angeschlossen werden. Aus den genannten Gründen lehne sie das Projekt ab.

Abg. Meyer teilte mit, dass diese Thematik bereits Gegenstand der Fachausschusssitzung gewesen sei. Die Unternehmen hätten eine hohe Kompetenz und man müsse sich nunmehr entscheiden. Er werde für das Betreibermodell stimmen.

Auf Nachfrage von **Abg. Bracklo**, wie sich die fünf Mio. Euro Pachteinnahmen errechnen, teilte **Herr de Vries** mit, dass es sich um eine korrekte Zahl handle. Die Telekom und die EWE hätten diese Zahl in ihren Angeboten auch so angenommen. Die EWE und die Telekom versuchten, dies bereits in sieben Jahren umzusetzen.

Abg. Bargmann erklärte, dass man beim Betreibermodell besser aktiv werden könne. Es biete mehr Möglichkeiten.

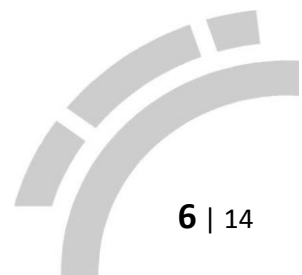
Abg. Seelgen teilte mit, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Breitbandausbau im Landkreis Aurich wird auch künftig im Betreibermodell vorangebracht.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 3
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**



TOP 7 **Entscheidung über die Zusammenarbeit mit der Stadt Emden im
Klinikbereich**
Vorlage: IX/2018/165

Landrat Weber teilte mit, dass es sich um eine selbsterklärende Vorlage handle. Er erläuterte Änderungen im Beschlussvorschlag. Sie seien rechtssicher. Dem Stadtrat Emden werde heute ein gleichlautender Beschlussvorschlag vorgelegt. **Landrat Weber** erklärte, dass er nicht damit gerechnet habe, einen solchen Beschlussvorschlag vorlegen zu können. In diesem Zusammenhang stellte er klar, dass es sich bei dem besagten Treffen um kein Geheimgespräch gehandelt habe. Es sei legitim, dass nach Mehrheiten gesucht werde.

Abg. Beekhuis teilte mit, dass die Klinikversorgung sichergestellt und verbessert werden solle. Er stelle sich die Frage, wie man dieses Ziel erreichen könne. Er zeigte zunächst die Möglichkeiten noch einmal auf und plädierte für den Bau einer Zentralklinik. Bereits das Ergebnis des Bürgerentscheids habe gezeigt, dass die Zentralklinik vom Bürger gewollt sei. Auch der Betriebsrat dränge darauf, eine entsprechende Lösung zu finden. Mit dem Signal aus Emden könne nun noch einmal die Zentralklinik auf den Plan gerufen werden. Für die SPD-Fraktion sei die Zentralklinik die beste Lösung.

Abg. Behrens erklärte, dass sich die CDU seit April intensiv beraten habe. Oberstes Ziel der CDU sei die bestmögliche medizinische Versorgung der Bürger. Der Bürgerentscheid im Landkreis Aurich sei zugunsten einer Zentralklinik ausgefallen. **Abg. Behrens** nannte weitere Argumente für die Zentralklinik. Auch habe die Emdener Erklärung gezeigt, dass eine Zusammenarbeit ausdrücklich gewünscht sei. Heute biete sich die letzte Chance einen gemeinsamen Weg mit Emden zur Zentralklinik zu gehen. Darüber hinaus teilte **Abg. Behrens** mit, dass es einen Plan B geben müsse und zog die Privatisierung in Erwägung. Über ein Markterkundungsverfahren könne ein erster Schritt getan werden. Wenn es unter kommunaler Hand nicht machbar sei, eine Klinik zu betreiben, müsse über Alternativen nachgedacht werden.

Insgesamt halte die CDU-Fraktion mehrheitlich an einer Zentralklinik fest.

Abg. Ubben erläuterte ausführlich, warum sie gegen eine Zentralklinik sei. Sie kritisierte insbesondere, dass keine Zahlen und keine Fakten vorliegen würden. Es solle nicht verlangt werden, „die Katze im Sack“ zu kaufen. So sei völlig unklar, wie die ambulante Notfallversorgung aussehen solle. Die Ärzte seien schon jetzt am Limit. **Abg. Ubben** forderte, die Geschäftsführung zu ersetzen.

Landrat Weber erklärte, dass man sich nicht wundern solle, wenn die AKSB nach solch einem Vortrag nicht ernstgenommen werde. Er bat die AKSB weiter, in Zukunft ihre Anträge zu mäßigen. Weiter wies er die Vorwürfe gegen Frau Dr. Gesang und Herrn Eppmann zurück. Beide hätten sein ausdrückliches Vertrauen. Es gebe ein Aufsichtsgremium und das sei der Aufsichtsrat.

Abg. Looden erklärte, dass sich seine Fraktion mehrheitlich für die Zentralklinik ausspreche.

Abg. Feldmann erklärte, dass die Entscheidung über eine bestmögliche Versorgung jedem schwerfallen dürfte. Der Sachverhalt sei äußerst komplex. Die FDP/FW habe mit den Gegnern, Befürwortern, Landkreis und dem Personal gesprochen. Man sei zu dem Schluss gekommen, den Bau einer Zentralklinik an einem strategisch günstigen



Standort zu unterstützen. Sodann erläuterte er die Gründe für den Bau einer Zentralklinik.

Abg. Albers teilte mit, dass sich die Mehrheit ihrer Fraktion für den Bau einer Zentralklinik ausspreche. Auch sie befürwortete den Bau der Zentralklinik. Der Bürgerentscheid habe ein klares Ergebnis gezeigt. Dennoch habe die Geschäftsführung das ihr entgegengebrachte Vertrauen verspielt. Auch sei die Umsetzung des früheren Bredehorst-Gutachtens zur UEK-Sanierung aus ihrer Sicht nur halbherzig erfolgt. Sie stelle sich die Frage, was zur Konsolidierung gemacht worden sei. Die Kosten für den Bau einer Zentralklinik seien in der Vorlage nicht aufgenommen worden. Im Ergebnis sei sie für die Zentralklinik. Sie stelle sich aber die Frage, ob die handelnden Personen wissen würden, was sie tun.

Abg. Meyerholz teilte mit, dass er die Pläne ebenfalls kritisiere. Er stelle sich die Frage, wie lange die Bürger noch gefragt werden und wie lange es Bürgerentscheide geben solle. Er sehe keinen Grund für eine Zusammenarbeit mit Emden. Der Konsortialvertrag sei unrechtmäßig. Er habe seinerzeit Bredehorst unterstützt. Dies habe zu Einsparungen geführt. Grund des Zusammenschlusses mit Emden sei die gute ärztliche Betreuung. Ziel der Stadt Emden sei die Kostensenkung durch die Zentralklinik gewesen. Von einer Verbesserung einer gesundheitlichen Versorgung sei nie die Rede gewesen. Einzelne Punkte aus der Beschlussvorlage zitierte er und wies sie zurück. Im Ergebnis werde er gegen die Vorlage stimmen.

Landrat Weber stellte klar, dass der Konsortialvertrag nicht durch den Landrat, sondern nur mit Zustimmung des Kreistages geändert werden könne.

Abg. Seelgen bedankte sich zunächst bei den Mitstreitern zum Erhalt der Klinikstandorte. Sie stellte fest, dass es diese Beschlussvorlage vor dem Hintergrund des Bürgerentscheids nicht geben dürfte. Sie kritisierte sowohl das Fehlen eines Konzepts für die ambulante Notfallversorgung als auch die Privatisierungs-Idee der CDU. Im Ergebnis werde ihre Fraktion nicht gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Abg. Altmann erklärte, dass der Bürgerentscheid mit diesem Beschluss ignoriert werde. Der Bürgerwille werde nicht umgesetzt. Vielmehr schaffe man einen Präzedenzfall. Darüber hinaus sei versäumt worden, Fördermittel zu beantragen. Man habe es zugelassen, dass der Ruf demoliert werde. Das Krankenhaus-Personal bewundere sie für deren Motivation. **Abg. Altmann** beantragte, über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage abzustimmen.

Abg. Erdmann erklärte, dass er dem Bau der Zentralklinik zustimmen werde. Er habe schwere Bedenken, dass alles klappen werde. Er hoffe nicht, dass die Umsetzung ein Chaos nach dem anderen nach sich ziehe. Das Vertrauen in Geschäftsführung und Verwaltungsspitze sei nicht vorhanden.

Abg. Moroni teilte mit, dass er mal gelernt habe, dass Verträge und Vereinbarungen einzuhalten und Beschlüsse umzusetzen seien. Es müsse die beste medizinische Versorgung bei größter Wirtschaftlichkeit erreicht werden. Vor zwei Monaten habe man sich für eine Regionalklinik in Georgsheil ausgesprochen. Er stellte die Frage, warum dies nicht umgesetzt worden sei. Er fragte, wie man zum Ergebnis komme, dass die Zentralklinik die wirtschaftlichste Lösung sei. **Landrat Weber** sagte dem **Abg. Moroni** aussagekräftige Zahlen zu.



Abg. Constant erläuterte die Anträge der AKSB. Er sei für die Zentralklinik. Auch sein Ziel sei es, die bestmögliche Versorgung der Patienten und des Personals sicherzustellen. Er habe eine andere Auffassung von Demokratie und könne somit dem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen. Der Emdener Bürgerentscheid sei zu akzeptieren. Die Mitarbeiter und das Personal bräuchten eine Entscheidung. In der UEK herrsche Angst und Verunsicherung. Er fragte, ob man den Personen Vertrauen könne, die 70 Mio. € „in den Sand gesetzt“ hätten. Er werde der Vorlage nicht zustimmen, weil er zu wenig Informationen erhalten habe. Auch die Bürger sollten mit Zahlen und Fakten versorgt werden.

Abg. Roß zitierte aus Zeitungsartikeln der letzten Wochen

Vorsitzender Sell rügte die Äußerung des **Abg. Roß** gegenüber **Abg. Busker**. **Abg. Roß** erklärte, dass er im Affekt gesprochen habe.

Sodann ließ **Vorsitzender Sell** über den Antrag der Grünen abstimmen, dass über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 46 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

1) Der Kreistag stellt fest:

a) Der Bau einer Zentralklinik in Georgsheil wird nach Abwägung aller Alternativszenarien als die eindeutig beste Lösung zum Aufbau einer zukunftsfähigen gemeinsamen Krankenhausversorgung für die Bevölkerung in der Stadt Emden und im Landkreis Aurich gesehen. Dabei ist die kommunale Trägerschaft das Ziel.

b) Es gibt unabdingbare Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit und Umsetzungsfähigkeit dieses Konzeptes. Erst wenn diese Voraussetzungen belastbar und verbindlich von der Verwaltung des Landkreises Aurich sowie der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden erarbeitet wurden, ist eine abschließende Beschlussfassung möglich und wird im Juni 2019 erfolgen.

c) Das Ergebnis des Bürgerentscheids vom 11. Juni 2017 ist für die Dauer von zwei Jahren bindend und vollumfänglich verbindlich umzusetzen.

2) Der Kreistag

a) beschließt, dass die Zusammenarbeit im Klinikbereich mit der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden zwischen der Stadt Emden und dem Landkreis Aurich im Sinne des Konsortialvertrages vom 27.02.2017 weitergeführt wird. Ziel des Klinikverbundes ist die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen gemeinsamen Krankenhausversorgung für die Bevölkerung im Landkreis Aurich und in der Stadt Emden. Der Konsortialvertrag wird von den beiden Gebietskörperschaften bis September 2018 angepasst.



b) beauftragt den Landrat, die zur Umsetzung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen und die notwendigen Vertragsanpassungen im Konsortialvertrag vom 27.02.2017 vorzunehmen.

c) beschließt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Konsolidierung der bestehenden Kliniken voran zu treiben. In diesem Sinne sollen die Zentralen Dienste, Sekundärbereiche und Tertiärbereiche der drei Kliniken zusammengeführt werden.

3) Der Kreistag

a) beschließt die Erarbeitung eines zukunftsfähigen, belastbaren und verbindlichen Notfallfallkonzeptes einschließlich Finanzierungskonzept für die Standorte Emden, Aurich, Norden, Wiesmoor und fordert die Geschäftsführung der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH auf, dazu Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung aufzunehmen. Darin enthalten sein müssen auch die Kapazitäts- und Standortberechnungen für die Rettungswachen.

b) beschließt die Prüfung und Erarbeitung eines ganzheitlichen Verkehrskonzeptes für die Erreichbarkeit eines möglichen zentralen Krankenhausstandortes im Suchraum Georgsheil. Bestandteil muss die verkehrliche Anbindung eines Krankenhauses per Straße sowie ein verbindliches und bedarfsgerechtes Konzept zur Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sein.

c) beschließt die Prüfung von möglichen Nachnutzungsszenarien für die Krankenhausstandorte Aurich und Norden.

d) beschließt die Prüfung und Erarbeitung der planerischen Voraussetzungen für die Errichtung eines Krankenhauses im Suchraum Georgsheil. Dazu gehören die Auswahl eines möglichen Baugrundes, die raumordnerische Planung, die Vorbereitung von Bauplanungen sowie möglicher Finanzierungsplanungen und die Vorsondierung der Frage einer möglichen Landesförderung.

f) beschließt für den Fall, dass ein zentraler Klinikstandort nicht umsetzbar ist, dass über neue Modelle nachgedacht wird und die bis dahin erstellten Unterlagen von den Gebietskörperschaften für eigene Zwecke genutzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 12 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 7.1 Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 08.01.2018; Fortbestand Trägergesellschaft und Zusammenarbeit mit Emden Vorlage: IX-AF/2018/003

Dem Antrag der AKSB-Gruppe „Fortbestand Trägergesellschaft und Zusammenarbeit mit Emden wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 4
➔ **mehrheitlich abgelehnt**



TOP 7.2 **Antrag der AKSB Gruppe im Landkreis Aurich vom 09.01.2018;**
Vertreter im Aufsichtsrat in der Trägergesellschaft
Vorlage: IX-AF/2018/004

Dem Antrag der AKSB-Gruppe „Vertreter im Aufsichtsrat in der Trägergesellschaft“ wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 4
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 8 **Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebes "Ret-**
tungsdienst des Landkreises Aurich"
Vorlage: IX/2018/152

Der Jahresabschluss 2017 wird wie folgt festgestellt:

Die vom Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises Aurich für das Wirtschaftsjahr 2017 erstellte Bilanz schließt auf der Aktivseite und der Passivseite mit *6.654.505,64 Euro ausgeglichen ab. Die Gewinn und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von *331.568,02 Euro ab.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Entlastung des Landrates und der Betriebsleitung des Eigenbetrie-**
bes "Rettungsdienst des Landkreises Aurich" für das Haushaltsjahr
2017
Vorlage: IX/2018/153

Dem Landrat und der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienstes des Landkreises Aurich wird für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 53 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes**
"Rettungsdienst des Landkreises Aurich"
Vorlage: IX/2018/154

Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2017 in Höhe von *331.568,02 Euro nach Abzug der Verzinsung des Eigenkapitals des Landkreises Aurich in Höhe von *16.361,34 Euro wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Nachnutzung des Gebäudes der Förderschule Großheide**
Vorlage: IX/2018/119

Auf Nachfrage von **Abg. Wirsik** erläuterte **Erster Kreisrat Dr. Puchert** die Vorlage.

Auf Nachfrage von **Abg. Seelgen**, erklärte **Vorsitzender Sell**, dass die Beschlussfähigkeit des Kreistages weiterhin gegeben sei. Sodann erläuterte **Abg. Seelgen** den Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Abg. Gerdes erklärte, dass die guten Absichten des Antrages zu erkennen seien, aber seine Fraktion dem Vorschlag nicht folgen werde.

Abg. Beekhuis teilte mit, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde. In Bildung zu investieren sei immer ein gutes Zeichen.

Abg. Strömer äußerte rechtliche Bedenken im Hinblick auf die finanztechnische Abwicklung. Er schlug vor, evtl. eine Sonderkasse einzurichten.

Abg. Gerdes schlug vor, den Änderungsantrag als selbständigen Antrag in den Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur zu verweisen. Hierüber bestand Einvernehmen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Das Gebäude der Förderschule Großheide wird an die Gemeinde Großheide übergeben. Die Gemeinde Großheide erhält einen langfristigen Mietvertrag mit Kaufoption in Höhe von 40.135,00 Euro jährlich.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 12 **Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen in der Kindertagespflege**
Vorlage: IX/2018/163

Die Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege vom 06.11.2012 wird abgeändert.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 13 Spende für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich im Jahr 2018 oberhalb der Wertgrenze von 2.000 €
Vorlage: IX/2018/151

Die Sachspende von der Firma ABB STOTZ-KONTAKT GmbH, Heidelberg, in Form einer Mustertafel mit Mustergeräten im Wert von 2.355,40 € für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 14 Antrag der Freien Wähler: Schulentwicklung und Raumplanung in die interfraktionelle Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung zu verweisen
Vorlage: IX-AF/2018/012

Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe Schulentwicklung gebildet. Pro Fraktion/Gruppe werden zwei Personen und bei Einzelpersonen eine Person vertreten sein. Den Vorsitz übernimmt die stv. Landrätin oder der stv. Landrat.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.06.2018; Anstellung von IntensivunterstützerInnen
Vorlage: IX-AF/2018/020

Abg. Albers erläuterte den Antrag. Der Antrag solle in die Fraktionen und nach Beratung in den Personalausschuss verwiesen werden.

Abg. Warmulla unterstützte den Antrag der Grünen.

Es bestand Einvernehmen darüber, den Antrag in die Fraktionen zu überweisen und anschließend im Personalausschuss zu beraten.

TOP 16 Qualifizierungsanforderungen nach § 57 Abs. 4 S. 2 NBauO für die Besetzung von Leitungsstellen in der unteren Bauaufsichtsbehörde
Vorlage: IX/2018/140

Für die Besetzung von Stellen mit geeigneten Fachkräften in der unteren Bauaufsichtsbehörde sind gemäß § 57 Abs. 4 S. 2 Alt. 2 NBauO von den Bewerberinnen und Bewerbern folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. **Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur, Bauingenieurwesen, Städtebau oder Stadt-/Regionalplanung**



2. Nachweis einer mindestens 5-jährigen Tätigkeit in einer unteren Bauaufsichtsbehörde
3. Hospitation bei der obersten Bauaufsichtsbehörde, einer anderen Landesbehörde im Bereich des öffentlichen Hochbaus oder einer Landesbehörde, welche mit Aufgaben des öffentlichen Baurechts betraut ist, in einem Umfang von mindestens 6 Wochen, sowie
4. Erwerb theoretischer Kenntnisse durch Teilnahme an Seminaren und Arbeitsgruppen, welche sich an den sonst im Technischen Referendariat zu vermittelnden Inhalten orientieren.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 17 Bericht des Landrates

Es lag kein Bericht vor.

TOP 18 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 19 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 20 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Sell schloss um 19:09 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Weber

Landrat

gez. Sell

Vorsitzender

gez. Malbrich

gez. Möhlmann

Protokollführerinnen

